

Ressort: Politik

Bundesregierung in Sorge wegen Inselstreit zwischen China und Japan

Berlin, 17.10.2012, 10:42 Uhr

GDN - Die Bundesregierung verfolgt den Inselstreit zwischen China und Japan mit wachsender Sorge, weil auch Deutschland davon betroffen sein könne. Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) sagte der "Zeit": "Uns besorgen die jüngsten Entwicklungen."

Das habe er dem chinesischen Außenminister Yang Jiechi auch gesagt. "Eine Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen der zweit- und drittgrößten Volkswirtschaft der Welt würde auch unseren Interessen zuwiderlaufen. Alles, was Wachstum, Handel und Investitionen in einer großen, für die Weltwirtschaft so entscheidenden Region behindert, sollte im allseitigen Interesse unterbleiben", sagte Westerwelle. Sein Rat sei Deeskalation. China und Japan streiten seit Monaten um die unbewohnten Senkaku-Diaoyu-Inseln im Ostchinesischen Meer, in deren Nähe Bodenschätze unter dem Meeresgrund vermutet werden.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-658/bundesregierung-in-sorge-wegen-inselstreit-zwischen-china-und-japan.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com